

Neue Universitäten statt überfüllter Hörsäle

Die Studentenproteste weiten sich aus, für Mittwoch wurden Demonstrationen in Wien und Salzburg angekündigt. Mit den Zielen der Protestbewegung haben sich nun auch die externen Lektoren der österreichischen Universitäten identifiziert. Statt Zugangsbeschränkungen empfehlen sie den Neubau von Universitäten.

Das koste zwar Geld, sei aber eine Investition in die Zukunft, sagte Thomas Schmidinger der Vorsitzende der IG Externe LektorInnen, in einem science.ORF.at-Interview.



Thomas Schmidinger ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Vorsitzender der IG Externe LektorInnen.

Waren Sie vom Ausbruch der Uniproteste vergangene Woche überrascht?

Thomas Schmidinger: Ja und nein. Ich habe in meinen Lehrveranstaltungen schon länger die Unzufriedenheit der Studierenden über die unerträglichen Studienbedingungen festgestellt, die durchaus immer weiter gestiegen ist. Es hat mich eher gewundert, dass sie nicht schon viel früher protestiert haben. Aber ich habe mir das lange damit erklärt, dass die Studierenden individuelle Wege finden, sich durchzumogeln. Das geht jetzt offenbar nicht mehr, die Geschwindigkeit der aktuellen Protestbewegung hat mich aber schon überrascht.

Wie steht die IG Externe LektorInnen zum Forderungskatalog der Uniproteste?

Schmidinger: Wir sind vielleicht nicht mit jedem Detail einverstanden, aber im Großen und Ganzen gehen wir mit dem Forderungskatalog d'accord. Ich finde es sehr wichtig, dass dabei Punkte inkludiert sind, die gar nicht die unmittelbaren Eigeninteressen der Studierenden betreffen - wie z. B. barrierefreies Studieren, 50 Prozent Frauenquote im Unipersonal und Beendigung der prekären Dienstverhältnisse. Dass solche Forderungen in einem basisdemokratischen Prozess erarbeitet wurden, zeugt schon von politischer Reife. Die Studierenden sind keine Rowdys, sondern sie haben über das Eigeninteresse hinaus die Uni als Ganze im Sinn.

Die IG hat sich mit den Zielen der Studenten solidarisch erklärt. Was heißt das genau?

Schmidinger: Wir haben das bewusst offengelassen. Heute Abend findet eine Versammlung für alle Lehrenden und Forschenden der Uni Wien statt (NIG, HS 3). Wir haben den Studierenden angeboten, eine Delegation hinzuschicken. Wir wollen mit ihnen in einen Dialog treten und sie fragen, in welcher Form wir sie unterstützen können.

Um nur ein Beispiel von vielen herauszunehmen, das u. a. in den ORF-Foren heftig diskutiert wird: Braucht es Zugangsbeschränkungen, wenn immer mehr Studenten - etwa deutsche - an die Unis drängen?

Schmidinger: Deutsche oder andere Studierende von Österreichs Unis fernzuhalten ist ein nationaler Protektionismus, der der Schaffung eines europäischen Hochschulraums zuwiderläuft. Es studieren auch Österreicher in Deutschland, und es ist doch schön, wenn österreichische Unis so attraktiv sind, dass Deutsche hier studieren wollen. Wenn es tatsächlich zu viele sein sollten, dann sollte unsere Bundesregierung mit der deutschen wegen Ausgleichszahlungen verhandeln.

Was könnte man kurzfristig im laufenden Semester tun, um überfüllte Hörsäle zu vermeiden?

Studierende halten das Audimax der Uni Wien weiterhin besetzt. Auch an der Uni Graz ist eine Freigabe eines Hörsaals nicht in Sicht. Für Mittwoch wurden Demonstrationen in Wien und Salzburg angekündigt.

Schmidinger: Mehr Lehrveranstaltungen anbieten. Gut ausgebildete Lehrende dafür gibt es, die auch innerhalb einer Woche einsatzbereit wären. Auch die Räume zu organisieren sollte kein Problem sein. Das Ganze kostet natürlich Geld ...

... was wohl auch bei längerfristigen Änderungen der Fall wäre. Welche Ideen hätten Sie dafür?

Schmidinger: Es wird sicher mehr bedürfen als Not-Lehrveranstaltungen. Es braucht mehr Unilehrende, das Ende der prekären Beschäftigungsverhältnisse, besser entlohnte Arbeit und, jetzt etwas Utopisches, warum nicht auch die Gründung neuer Universitäten? Österreich verfügt im europäischen Vergleich über eine geringe Hochschuldichte, warum bauen wir nicht in, sagen wir, Wiener Neustadt oder in Feldkirch eine neue Uni? Das würde natürlich viel kosten, wäre aber eine Investition in die Zukunft. Studierende von Unis zu vertreiben heißt ja nicht, dass sie dann sofort Arbeitsplätze bekommen. Bei der Jugendarbeitslosigkeit sollte die Regierung eigentlich froh sein, wenn die Jugendlichen ein paar Jahre auf einer Uni verwahrt bleiben.

Letzte Frage zur Situation der Lehrenden: Was hat sich für die Lektoren mit dem neuen Hochschul-Kollektivvertrag geändert?

Schmidinger: Obwohl er theoretisch Verbesserungen bringen hätte sollen, hat sich für die meisten Betroffenen nichts geändert, für einige gab es sogar Verschlechterungen. So hat der neue Mittelbau an der Uni Wien 30-Stunden-Verträge bekommen, unterm Strich hat das für eine Reduktion des Gehalts gesorgt. Dazu kommen Mehrarbeitsverpflichtungen ohne Abgeltung, Verbot von Nebenbeschäftigungen, obwohl es sich um Teilzeitstellen handelt, und restriktive Klauseln, was das Eigentum an den im Dienst produzierten Schriften betrifft.

Lukas Wieselberg, science.ORF.at